

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Bundesregierung  
– Drucksache 20/630 –**

### **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer**

#### **A. Problem**

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich seit 2016 mit bewaffneten deutschen Streitkräften an der NATO-geführten maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN (MSO SG) im Mittelmeer. Auftrag der Operation ist der Schutz des Bündnisgebietes im Mittelmeerraum insbesondere durch Überwachung des Seegebietes, Erstellung und Austausch von Lagebildern, Bekämpfung des Terrorismus und Verhinderung von Waffenschmuggel. MSO SG soll helfen, Krisenentwicklungen im maritimen Umfeld, insbesondere maritimen Terrorismus, frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Durch militärische Präsenz und Aufklärung leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der maritimen Sicherheit im Mittelmeerraum, der angesichts der Bedeutung der dort verlaufenden Schifffahrtsrouten für die NATO und ihre Mitglieder von zentraler Bedeutung ist.

Auch im zurückliegenden Mandatszeitraum konnte SEA GUARDIAN trotz erschwerter Rahmenbedingungen infolge der COVID-19-Pandemie ihren Auftrag erfüllen und dadurch zur Sicherheit im Einsatzgebiet beitragen. Im Rahmen der Operation wurden im Jahr 2021 mehr als 30.000 Schiffe identifiziert und drei Schiffe im Rahmen von sogenannten „Maritime Situational Awareness Approaches“ kontrolliert.

Nach Einschätzung der Bundesregierung erfordert die weiterhin instabile Sicherheitslage im Mittelmeerraum eine Fortsetzung der Operation unter deutscher Beteiligung, wobei das Mandat in einigen Punkten an die tatsächliche Einsatzpraxis angepasst werden soll. So ist vorgesehen, die Obergrenze von 650 einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten auf 550 zu senken, die bisher nicht in Anspruch genommene Möglichkeit zum Kapazitätsaufbau zu streichen und das Einsatzgebiet in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis auf das Mittelmeer außerhalb der Küstengewässer festzulegen.

**B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/630 anzunehmen.

Berlin, den 16. März 2022

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Michael Roth**  
Vorsitzender

**Dr. Karamba Diaby**  
Berichterstatter

**Jürgen Hardt**  
Berichterstatter

**Tobias Bacherle**  
Berichterstatter

**Ulrich Lechte**  
Berichterstatter

**Joachim Wundrak**  
Berichterstatter

**Sevim Dağdelen**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Jürgen Hardt, Tobias Bacherle, Ulrich Lechte, Joachim Wundrak und Sevim Dağdelen

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/630** in seiner 17. Sitzung am 17. Februar 2022 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gemäß § 96 GO-BT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich seit 2016 mit bewaffneten deutschen Streitkräften an der NATO-geführten maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN (MSO SG) im Mittelmeer. Auftrag der Operation ist der Schutz des Bündnisgebietes im Mittelmeerraum insbesondere durch Überwachung des Seegebiets, Erstellung und Austausch von Lagebildern, Bekämpfung des Terrorismus und Verhinderung von Waffenschmuggel. MSO SG soll helfen, Krisenentwicklungen im maritimen Umfeld, insbesondere maritimen Terrorismus, frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Durch militärische Präsenz und Aufklärung leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der maritimen Sicherheit im Mittelmeerraum, der angesichts der Bedeutung der dort verlaufenden Schifffahrtsrouten für die NATO und ihre Mitglieder von zentraler Bedeutung ist.

Auch im zurückliegenden Mandatszeitraum konnte SEA GUARDIAN trotz erschwelter Rahmenbedingungen infolge der COVID-19-Pandemie ihren Auftrag erfüllen und dadurch zur Sicherheit im Einsatzgebiet beitragen. Im Rahmen der Operation wurden im Jahr 2021 mehr als 30.000 Schiffe identifiziert und drei Schiffe im Rahmen von sogenannten „Maritime Situational Awareness Approaches“ kontrolliert.

Nach Einschätzung der Bundesregierung erfordert die weiterhin instabile Sicherheitslage im Mittelmeerraum eine Fortsetzung der Operation unter deutscher Beteiligung, wobei das Mandat in einigen Punkten an die tatsächliche Einsatzpraxis angepasst werden soll. So ist vorgesehen, die Obergrenze von 650 einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten auf 550 zu senken, die bisher nicht in Anspruch genommene Möglichkeit zum Kapazitätsaufbau zu streichen und das Einsatzgebiet in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis auf das Mittelmeer außerhalb der Küstengewässer festzulegen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/630 in seiner 8. Sitzung am 16. März 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/630 in seiner 7. Sitzung am 16. März 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 20/630 in seiner 8. Sitzung am 16. März 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/630 in seiner 6. Sitzung am 15. März 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/630 in seiner 8. Sitzung am 16. März 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

#### **V. Beratung im Haushaltsausschuss**

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 16. März 2022

**Dr. Karamba Diaby**  
Berichterstatter

**Jürgen Hardt**  
Berichterstatter

**Tobias Bacherle**  
Berichterstatter

**Ulrich Lechte**  
Berichterstatter

**Joachim Wundrak**  
Berichterstatter

**Sevim Dağdelen**  
Berichterstatterin





